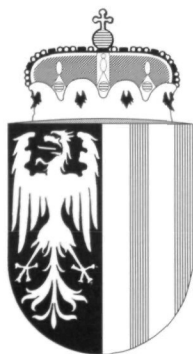


JAHRBUCH  
DES  
OÖ. MUSEALVEREINES  
GESELLSCHAFT  
FÜR  
LANDESKUNDE

145. Band

1. Abhandlungen



Linz 2000

## Inhaltsverzeichnis

|   |     |
|---|-----|
| Friedrich Ehrl: Jungsteinzeitliche Lesefunde von Unterweidham,<br>Marktgemeinde St. Florian bei Linz .....  | 7   |
| Gerhard Winkler: Der römische Grabstein von Altmünster .....  | 37  |
| Bernhard Prokisch: Die Sammlung österreichischer Raitpfennige<br>des 16. und 17. Jahrhunderts im Oberösterreichischen<br>Landesmuseum in Linz .....               | 45  |
| Erwin Garstenauer: Das Sakristeiinventar der Stadtpfarrkirche<br>von Steyr aus dem Jahre 1602 .....   | 87  |
| Josef Strobl: Johann Christoph II. Wasner –<br>Abt von Mondsee (1592–1615) .....  | 105 |
| Andreas Brandtner: Habent sua fata libelli –<br>Bausteine zur Erforschung der Enenkel-Bibliothek .....  | 145 |
| Axel Krause: Kuriositäten in alten Kirchenbüchern<br>des Mühlviertels .....   | 153 |
| Harry Slapnicka: Das Schicksal der Ischler Kaiservilla<br>nach dem Tod von Kaiser Franz Joseph –<br>Ein bemerkenswertes Denkmal österreichischer Geschichte ..... | 185 |
| Christoph Kühberger: Grenzen der Inszenierung –<br>Die Störanfälligkeit von NS-Veranstaltungen in Österreich .....  | 189 |
| Roman Türk u. Johanna Üblagger: Die Flechten im Flechten-<br>herbarium von Franz P. Stieglitz in der Stiftssammlung der<br>Sternwarte in Kremsmünster .....       | 217 |
| Stanislav Chábera u. Karl Heinrich Huber: Ein Beitrag zur Frage<br>der Oberen Moldau im Tertiär .....   | 339 |
| Nachruf .....   | 369 |
| Besprechungen .....   | 373 |

|                   |           |           |
|-------------------|-----------|-----------|
| Jb. Öö. Mus.-Ver. | Bd. 145/1 | Linz 2000 |
|-------------------|-----------|-----------|

## **GRENZEN DER INSZENIERUNG – DIE STÖRANFÄLLIGKEIT VON NS-VERANSTALTUNGEN IN ÖSTERREICH**

von Christoph Kühberger

### **1. Einleitung**

Nationalsozialistische Veranstaltungen und Feierlichkeiten gelten als perfekt organisiert und straff geführt. Doch die in der historischen Erinnerung verankerten Bilder stammen selbst aus der Propagandamaschinerie des Regimes, denn eine derartige heile Welt der NS-Veranstaltungen existierte nur in den propagandistisch aufgewerteten Zeitungs- und Wochenschauberichten. Wenn man besonders die großen Inszenierungen in Berlin, in Nürnberg oder am Bückeberg verläßt und in kleinere Einheiten, also auf Gau- oder Ortsebene, eindringt, zeigt sich die Kehrseite. Ganz entgegen dem allgemein verbreiteten Bild der perfekten nationalsozialistischen Feiern zeigen sich dort die Schwachstellen.

Diese Arbeit will anhand von österreichischen Beispielen versuchen, unter besonderer Berücksichtigung Oberösterreichs, die NS-Festkultur dahingehend zu durchleuchten, mit welchen Problemen und Störfaktoren ein reibungsloser Ablauf zu kämpfen hatte, um dem parteilichen Ideal gerecht zu werden.

Für Marc Bloch war es kein Zufall, daß gerade Adolf Hitler die „alten Festhymnen zu neuem Leben“ erweckte, da „es unserem ach so demokratischen Regime nie gelungen ist, Feste zu veranstalten, in denen sich tatsächlich die gesamte Nation hätte wiedererkennen können.“<sup>1</sup> Integration der gesamten Bevölkerung war tatsächlich einer der wichtigsten Punkte der NS-Festkultur. Man wollte die Teilnahme aller Partei- und Volksgenossen vor allem deshalb, da Feierlichkeiten als geeignetster Ort angesehen wurden, um die Gemeinschaft zu fördern, Hierarchien zu festigen, neue und alte Inhalte zu propagandieren und die Gleichschaltung zu zelebrieren.

Die Nationalsozialisten, die versuchten, ein allumfassendes Fest- und Feiertagssystem zu schaffen, das alle bisherigen Strukturen ablösen sollte, hatten bei der Etablierung, die nie abgeschlossen wurde, mit einer Menge von Schwierigkeiten umzugehen. Besonders kompliziert gestaltete sich die Adaption des in Deutschland bereits weitgehend verfestigten Systems im

<sup>1</sup> Bloch, Marc: Die seltsame Niederlage. Frankreich 1940. Der Historiker als Zeitzeuge. Frankfurt/Main 1992. S. 222.

angeschlossenen Österreich. Die rechtlichen und bürokratischen Vorgänge wurden erst im Frühjahr 1940 abgeschlossen.<sup>2</sup> Daneben hatte man aber auch damit zu kämpfen, daß die Bevölkerung Österreichs von einem völlig neuen Feiersystem überrollt wurde und einige ideologische Interpretationen nicht nachvollzogen werden konnten, wie weiter unten genauer ausgeführt wird.

Das vom Regime verfolgte Ziel war es, alle Feierlichkeiten im Dritten Reich den selben Grundmustern zu unterwerfen, um damit, wie es die katholische Kirche bereits geschafft hatte, in das Alltags- und Gewohnheitsverständnis des einzelnen Volksgenossen voll eindringen zu können. Das neue System sollte unhinterfragt die nationalsozialistische Doktrin tradieren und den Konsens der Gesamtbevölkerung garantieren. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen und die Störanfälligkeit zu minimieren, setzte man auf eine rigide Organisation der parteilichen Verwaltung. Eine Vielzahl von Anordnungen und Vorschlägen, die seitens der Parteileitung, der Reichspropagandaleitung, dem Propagandaministerium und der Reichskulturkammer verbreitet wurden, sollten die optimale Inszenierung von nationalsozialistischen Großveranstaltungen bis hin zu lokalen Saalversammlungen gewährleisten. Fehler jeglicher Art, die eine Störung des Festkosmos hervorgerufen hätten, waren zu vermeiden.

Trotz des Versuches einer perfekten Planung und Vorbereitung konnte man externe Einflüsse nur schwer ausschalten. Widerstandsaktionen von Regimekritikern und Regimegegnern konnte man ebensowenig vollständig unter Kontrolle bringen wie den Einfluß der Kirche. Sie war es, die vor allem mit Einsetzen des Krieges die Ziele des Nationalsozialismus einer reinen säkularisierten parteilichen Festkultur torpedierte. Ein offenes Konkurrenzverhalten zwischen Partei und Kirche setzte ein.

## 2. Feierliche Ausgestaltung

Durch die zwanghafte Ästhetisierung der Politik der Nationalsozialisten wurden natürliche Feiertage und politische Veranstaltungen jeder Art zum Betätigungsfeld der Propagandisten. Ein Netzwerk von staatlichen und parteilichen Stellen kümmerte sich permanent um die optimale Inszenierung der Politik. Doch die fehlende Bereitschaft bzw. das Unvermögen Hitlers, das

<sup>2</sup> Abgesehen von einigen Änderungen und Ergänzungen, die das System nicht gravierend veränderten, wurde die rechtliche Voraussetzung für alle deutschen Feiertage erst mit der Einführung des nationalen Feiertages des deutschen Volkes (1.Mai) mit 23.4.1940 (RGSt. I S.674) vollzogen. Über die bürokratische und rechtliche Entwicklung vgl.: AdR, Bürckel Materie/ Kat. 176/ 2517.

<sup>3</sup> Kershaw, Ian: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*. Hamburg 1995. S. 123. – Kershaw bezieht sich darin auf die allgemeine administrative Situation und lehnt sich an die These von Broszat an. Vgl. Broszat, Martin: *Der Staat Hitlers*. München 1969.

Verhältnis von Partei und Staat systematisch zu regeln, führte auch im Bereich der Festkultur durch die Kompetenzstreitigkeiten mehrerer Dienststellen zu einem „administrativen Chaos“.<sup>3</sup> Zu Überschneidungen kam es vor allem zwischen dem Einflußbereich Joseph Goebbels (Reichspropagandaleitung der NSDAP und Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda), Robert Ley (Reichsorganisationsleiter, Reichsschulungsleiter, Reichspersonalleiter, weiters unterstanden ihm die DAF und das Amt für Feierabend der NS-Gemeinschaft KdF) und Alfred Rosenberg (Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP).<sup>4</sup>

Erst mit der Anordnung vom 23. Mai 1942 wurde durch die Parteikanzlei das Chaos dermaßen geordnet, daß die wesentlichen Verantwortlichen für die Feiergusaltung Goebbels (Feiern im Jahreslauf, öffentliche Feierstunden, Morgen-/ Abendfeiern, Gau-/ Kreis- und Ortsgruppentage) und Rosenberg (Lebensfeiern, Weltanschauliche Feierstunden innerhalb der Schulung) blieben und Leys Einflußnahme auf Hilfsdienste seiner Gliederungen degradiert wurden.<sup>5</sup>

Die Partei lieferte somit bereits oft selbst ein Potential an Ungereimtheiten und Störfaktoren, die alleine von der Organisation ausgingen. Aber neben der Führungsebene hatte man auch mit einer Vielzahl von kleineren Problemen zu kämpfen, um sich bestmöglich dem Volk zu präsentieren.

In vielen Publikationen, teils von öffentlichen Stellen, teils von privater Seite, wurde auf die Notwendigkeit einer würdigen Dekoration hingewiesen, die im Gesamten zu einer Erhöhung der Feierstimmung beitragen sollte. Die Ausschmückung des Veranstaltungsortes und die verwendeten Ornamente wurden genau geregelt, um die ästhetischen Standards der Partei zu erfüllen.

Ein besonderes Problem bei den Veranstaltungen quer durch das Deutsche Reich war das Fehlen von geeigneten Orten, weshalb man besonderes Augenmerk auf die dekorative Ausgestaltung des Raumes legte. In einer nur für die Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen bestimmten Publikationsreihe stellte Hannes Kremer fest:

<sup>4</sup> vgl. Schmeer, Karlheinz: Die Regie des öffentlichen Lebens. München 1956. S. 28–41.

<sup>5</sup> BA Berlin, NS 6/821. – Anordnung A 25/42. Zuständigkeiten in der Feiergusaltung (23. Mai 1942).

<sup>6</sup> Kremer, Hannes: Dekoration oder Schmuck? In: Die neue Gemeinschaft. Das Parteiarchiv für nationalsozialistische Feier und Freizeitgestaltung. Hg. v. Hauptkulturamt in der Reichspropagandaleitung und dem Amt Volkskunde und Feiergusaltung der Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP. Jg. 1937. Folge 3/ März. o.S.

*„Gerade die Mängel der vorhandenen Räume müssen uns veranlassen, durch würdige Schmuckmittel die gegebene ‚Unfeierlichkeit des Ortes‘ zu überbrücken.“<sup>6</sup>*

Doch auch wenn die Partei versuchte, unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, im positivsten Sinn auf die Bevölkerung einzuwirken, trat immer wieder das Fehlen von geeigneten „Kultstätten“ negativ in Erscheinung. Im Bericht des SD-Abschnitts Linz vom Dezember 1943 wird dazu folgendes angemerkt:

*„Die Kirche hat einen eigenen Feierraum mit grossem Fassungsvermögen, hat in der Orgel ein Gestaltungsmittel, das immer, selbst beim Fehlen eines Chores noch wirksam ist, während uns in erster Linie der würdige Raum fehlt. Ein Gasthaussaal, auch wenn er entsprechend geschmückt ist, ist niemals ein Feierraum.“<sup>7</sup>*

Dieser Problematik durchaus bewußt, versuchte man, von parteilicher Seite durch Schulungs- und Informationsmaterial die Ortsgruppen zu unterstützen. So wies man etwa in den Regeln für das Abhalten von Feiern in geschlossenen Räumen darauf hin, daß die „Gestaltung und Ausschmückung einfach und würdig gehalten“ sein sollte. Je nach Feierlichkeit sollten dann Fahnen oder Sinnbilder der Partei, das Eiserne Kreuz oder Führerbüsten im Mittelpunkt des Blickfeldes stehen.<sup>8</sup> In den dem Schulungsmaterial angeschlossenen Analysen von Bühnendekorationen, bei denen jeweils ein positives Beispiel einem negativen gegenübergestellt wurde, versuchte man zusätzlich Kapitalfehler aufzuzeigen. Besonders bemängelt wurden dabei die Häufung von Symbolen (Fahnen, Büsten, Eisernes Kreuz, etc.), unkoordiniertes Wuchern von Grünschluck, das Verwenden von Feuerschalen in geschlossenen Räumen und von Hakenkreuzfahnen als Seitenkulisse.<sup>9</sup> Derartige Ratschläge sollten parteiliche Veranstaltungen vor Kitsch bewahren, weshalb es auch Richtlinien für den Festschluck im Freien gab. Die Leitlinien für die Ausschmückung von Hausfassaden orientierten sich dabei an einem Eingehen auf die architektonischen Grundrichtungen der Bauten, die auf keinen Fall gestört werden durften, an einem Gesamtkonzept, das auch Nebenstraßen und Außenbe-

<sup>7</sup> BA Berlin, NS 6/ 97. – SD-Abschnitt Linz, III C 2, Bericht über das religiöse Leben vom 3.12.1943. S. 3.

<sup>8</sup> Vorschläge zu den einzelnen Feiertagen findet man in sämtliche Jahrgängen des nationalsozialistischen Parteiarchives für Feier- und Feiergusaltung (Die neue Gemeinschaft).

<sup>9</sup> Hinweise zur Gestaltung von Feiern zum Heldengedenken. In: Die neue Gemeinschaft. 9. Jg./ Heft 2/ Februar 1943. S. 79ff.

zirke miteinbezog, und an einer Kontinuität, die durch gleichmäßige Verteilung des Schmuckes und durch wiederkehrende Elemente erreicht werden sollte.<sup>10</sup> Eindrucksvolles Beispiel dieser Regeltreue stellen die Feierlichkeiten zum 1. Mai 1938 von Freistadt dar. Der Schmuckgürtel weist am Hauptplatz keine Lücken auf und die Fassaden wirken einheitlich gestaltet und auch, wie in den Leitlinien vorgesehen, geben die bunten Blumen, die sonst als Alltagsschmuck dienen, der festlichen Ausgestaltung Kraft und Farbe.<sup>11</sup>

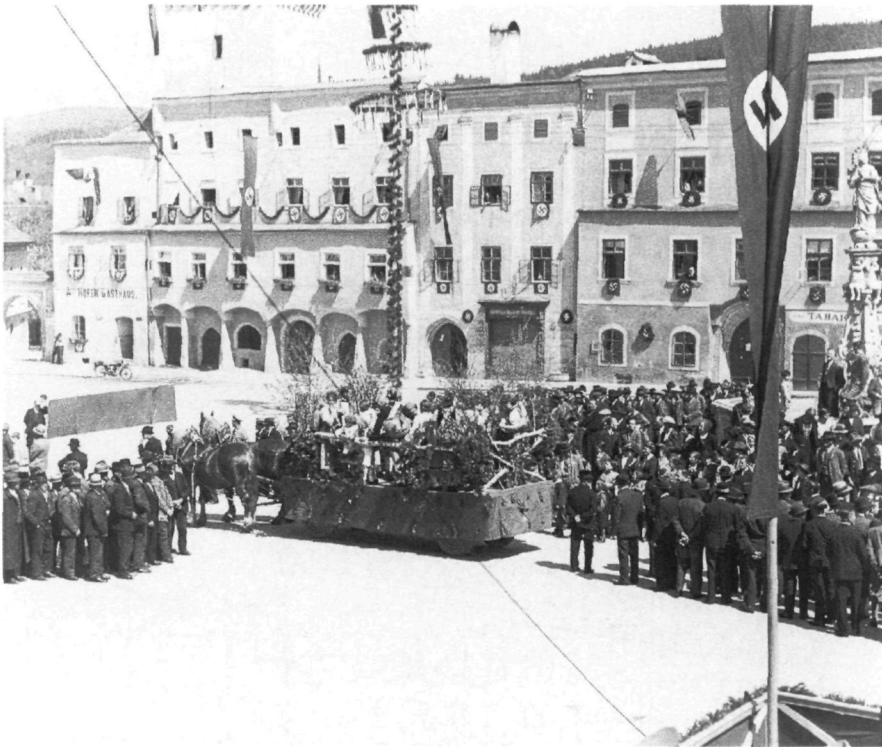


Abb. 1: Freistadt am 1. Mai 1938<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Kolbrand, Franz: Der Grün- und Blumenschmuck. Berlin 1937. S. 132ff.

<sup>11</sup> ebda, S. 132ff.

<sup>12</sup> OÖLA, Fotosammlung 2829.

Die dekorative Ausgestaltung erfaßte sämtliche Bereiche einer Stadt bzw. eines Ortes. Es existierten Wegweiser für die Dekoration von Straßenzügen, Plätzen, Bürgerhäusern oder klassischen Bauten.<sup>13</sup> Auch hier wurde mit negativen Beispielen gearbeitet, um die Wirksamkeit der korrekten Ausschmückung hervorzuheben.

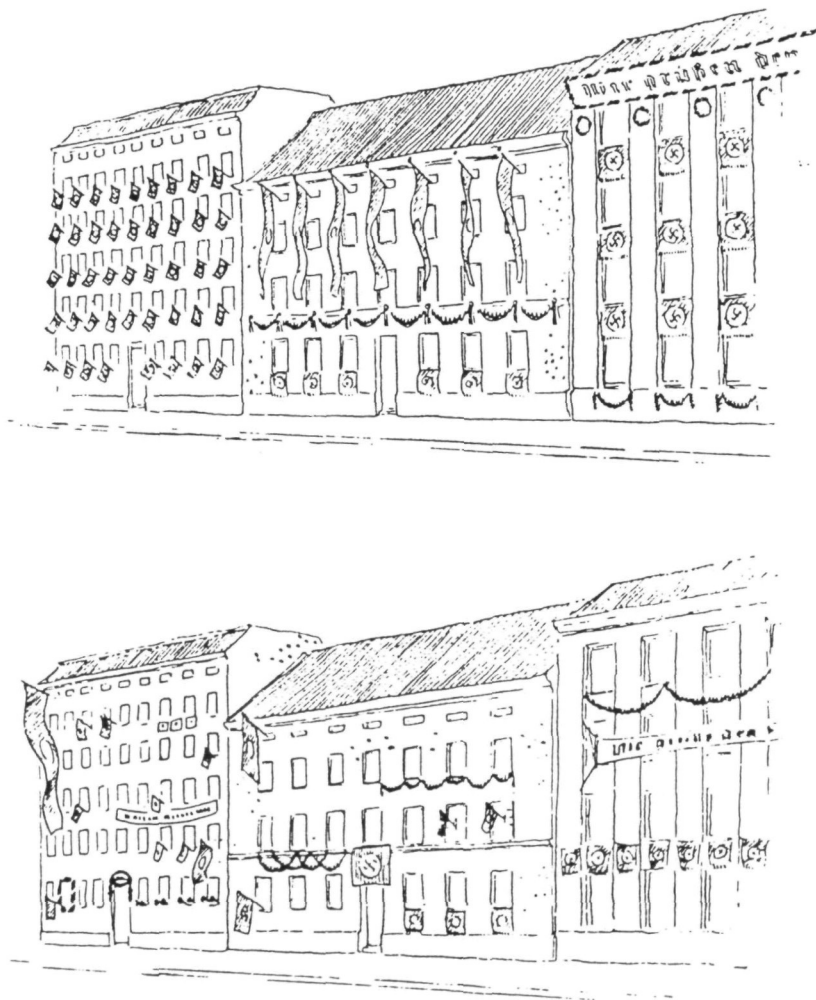


Abb. 2: Beispiele für eine positive und eine negative Ausgestaltung einer Häuserfront<sup>14</sup>

Demnach gliederte sich der Festtagsschmuck der Beispiele Freistadt und Linz<sup>15</sup> perfekt in die Vorstellungen der dekorativen Konformität ein, ohne den feierlichen Rahmen der Veranstaltungen zu stören.

Die Ausschmückung des Festraumes steht aber für nur einen Bereich, in dem die Partei versuchte, Fehler und damit Störungen präventiv zu verhindern. Eines der Hauptprobleme stellte auch die parteikonforme Präsentation der Inhalte bei Reden dar. Der Parteiführung war es sehr wichtig, vor allem mit zunehmenden Wachstum des Staatsterritoriums, daß die einheitliche Interpretation der nationalsozialistischen Ideologie gewahrt blieb. Daraus resultierte die Vorlagepflicht aller Reden und Vorträge, die (1.) „Ausführungen von grundsätzlicher Bedeutung über Wesen, Aufbau und Einrichtung der NSDAP bzw. über die nationalsozialistische Weltanschauung enthalten“, sowie die (2.) „dadurch eine wichtige und grundlegende Bedeutung bekommen, dass sie vor einem besonderen Forum (Hochschulen, auf öffentlichen großen Tagungen, bei Veranstaltungen, an denen Vertreter der Wehrmacht, des Staates, der Wirtschaft usw. teilnehmen) gehalten werden.“<sup>16</sup> Diese Anordnung verfolgte nach Adolf Hitler ein Ziel, nämlich

*„missverständliche Formulierungen zu verhindern, die auch einem gewandten Redner bei freier Rede unterlaufen und vielfach zu falschen, das Ansehen der Partei schädigenden Auslegungen führen.“<sup>17</sup>*

Weiters konnte damit verhindert werden, daß sich Parteigenossen vor einem gebildeten Publikum blamierten.

Doch auch die Qualität der Redner war für den propagandistischen Erfolg wichtig. Sie waren die Multiplikatoren der Doktrin, weshalb es spezielle Schulungen für Parteiredner gab. Trotzdem war sich die Partei der Gefahr von Berufsrednern bewußt. Innerhalb der SS übertrug man das Rednerrecht nur Kommandeuren, die alle drei, spätestens vier Jahre wechselten. Himmler versuchte damit der von ihm kreierte Gefahr der „Parteipfaffen“ zu entkommen, die nach der Überwindung des christlichen Glaubens einen eigenen neuen „Pfaffenstand“ begründen würden.<sup>18</sup> Die Angst vor einer „Art

<sup>13</sup> Kolbrand, S. 133 und S. 135.

<sup>14</sup> Schmitt, Otto: Nationaler Feiertag des Deutschen Volkes. In: Schriftreihe „Feste und Feiern im Jahresring“. Berlin o.J. S. 49.

<sup>15</sup> Besonders regelmäßig ist auch die Dekoration anlässlich von Führerbesuchen in Linz. Vgl. Mayerhofer, Fritz/ Schuster, Walter (Hg.): Bilder des Nationalsozialismus in Linz. Linz 1997. S. 20 und Nachsatz.

<sup>16</sup> AdR, RstH Wien, Hauptbüro Schirach, Kt. 379/ Anordnungen 1939. A 94/39, 27.4.1939. S. 1.

<sup>17</sup> ebda, S. 2. – Diese Anordnung wurde öfters novelliert und wiederholt. Vgl. BA Berlin, NS 6/ 338, A 81/ 42, 21.11.1942 und BA Berlin, NS 6/ 822, A 23/43, 20.3.1943.

<sup>18</sup> BA Berlin, NS 51/ 62. Chef des SS-Hauptamtes der SS, 17.4.1940. (fol. 55).

Mittler zwischen der ewigen Seeligkeit, Gott oder sonstigen transzendenten Begriffen und dem Menschen“ wird durch Kommandeure als Redner beseitigt, da ihr Dienstgrad, der durch Leistung gerechtfertigt wurde und nicht über einen Berufsstand, sie dazu ermächtigte.<sup>19</sup> Dieses Leistungsprinzip kam auch außerhalb der SS zur Anwendung. Die Parteiführung überantwortete die Reden ihren Hoheitsträgern und leitenden Parteimitgliedern, um die Hierarchie besonders bei feierlichen Anlässen zusätzlich zu verdeutlichen. Dadurch war sie aber nicht vor schlechten Rednern und hohlen Reden gefeit. Besonders in späten Phasen des Krieges, als das allgemeine Vertrauen in die NSDAP nachließ, versuchte man dieses durch den verstärkten Einsatz von führenden Parteigenossen, die bereits in der Kampfzeit als Redner tätig waren, aufzufangen. In der dementsprechenden Anordnung von 1941 heißt es:

*„Gerade von ihm<sup>20</sup> erwartet die Volksgemeinschaft Aufklärung über die kriegsbedingten Maßnahmen der Führung.“<sup>21</sup>*

Diese Maßnahme, die nicht überall zum Einsatz kam, wurde vor allem dadurch erforderlich, da ein sehr großer Teil der Redner in der Wehrmacht stand und somit der Partei für propagandistische Zwecke fehlte. Auch der Einsatz von jungen, unerfahrenen Rednern, die nur auf wenig Akzeptanz seitens der Bevölkerung stießen<sup>22</sup>, zeigten einmal mehr, daß die NS-Feierlichkeiten nicht immer fehlerfreie und wirkungsvolle Inszenierungen waren.

### **3. Beteiligung der Bevölkerung als eines der Hauptprobleme**

Zur Störung von NS-Veranstaltungen kam es aber auch dort, wo alte Symbole vom Regime umgedeutet wurden und man versuchte, alte Erinnerungskultur zu überschreiben. Am problematischsten gestaltete sich das im Bezug auf den 1. Mai. Nach dem Anschluß Österreichs, mit der völligen Vereinnahmung des ursprünglich sich aus der Arbeiterbewegung entwickelten ‚Tag der Arbeit‘ hatten die Nationalsozialisten Schwierigkeiten, ihren ‚Tag der nationalen Arbeit‘, den späteren ‚Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes‘ zu etablieren. Während 1938 der Maifeiertag noch im Sog des Anschlußtaumels erfolgreich durchgeführt wurde, stand man bereits ein Jahr später vor dem Problem einer starken Teilnehmerrückläufigkeit, da in der „Ostmark“ das alte Konzept, nämlich den 1. Mai den Arbeitern als deren Feiertag zu über-

<sup>19</sup> vgl. ebda.

<sup>20</sup> Gemeint ist der führende Parteigenosse, der in der Kampfzeit als Redner für Parteiversammlungen tätig war.

<sup>21</sup> BA Berlin, NS 6/ 821, A 26/41, 29.5.1941.

<sup>22</sup> Vergleiche Beispiel, Fußnote 45.

lassen, nach wie vor verankert war.<sup>23</sup> Besonders war das in ländlichen Gemeinden spürbar. So waren die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung etwa in Kirchdorf a. d. Kr., in Spital a. P., in Wartberg a. d. Kr. und in Pettenbach gering.<sup>24</sup> Wie der Bericht über die Feierlichkeiten am 1. Mai aus Windischgarsten zeigt, dürfte es tatsächlich an der nicht rezipierten nationalsozialistischen Interpretation dieses Tages gelegen sein, so daß eine gesamtgesellschaftliche politische Partizipation ausblieb:

*„Die Beteiligung am Aufmarsch am 1. Mai war von der Windischgarstener Bevölkerung nicht sehr groß. Dabei konnte entnommen werden, daß man an diesem Tag das Aufmarschieren lediglich den Arbeitern überlassen will. Diese Feier (Aufmarsch) wurde in Windischgarsten zusammen mit der Ortsgruppe der NSDAP Rosenau durchgeführt. Die Bauern und Landarbeiter von Rosenau und Ellbach fehlten fast ausschließlich.“<sup>25</sup>*

Die Propagandadirektiven von 1938 für den 1. Mai in Österreich hoben aber bereits gerade jenen Punkt in den ersten Zeilen hervor, der darauf hinwies, daß der Begriff „Arbeiter“ durch den Nationalsozialismus eine neue Bedeutung erhalten hätte und er ohne Klassengegensätze alle diejenigen erfaßt, die „ihre Arbeitskraft in den Dienst des deutschen Volkes stellen.“<sup>26</sup>

Die uneinheitliche Akzeptanz des neuen Feiertages, der in einigen Gemeinden auch ohne größere Diskrepanzen durchgeführt wurde, muß man vor allem darauf zurückführen, daß zwar offiziell der Anschluß Österreichs an das Dritte Reich vollzogen wurde, aber alte Mentalitätsstrukturen weitaus verfestigter waren, als daß diese durch einen politischen Akt und einem damit verbundenen Bruch der Traditionen hätten flächendeckend verändert werden können.<sup>27</sup> Auch wenn die Nationalsozialisten die schwache feierliche Ausge-

<sup>23</sup> Eine großartige Beteiligung am 1. Mai kann man eher auf regimetreuen Enthusiasmus und parteiliche Unterwerfung zurückführen, nicht aber auf die vollständig verstandene Botschaft der Partei, die den sozialistischen Tag der Arbeit umdeutete. Politischer Enthusiasmus stand dabei vor dem politischen Inhalt.

<sup>24</sup> OÖLA, Pol. A., MF 7. – Berichte aus den Gemeinden: Kirchdorf a. Kr. vom 30.5.1939, S. 3; Spital a. P. vom 23.5.1939, S. 2; Wartberg a. Kr. vom 22.5.1939, S. 2; Pettenbach vom 21.5.1939, S. 1.

<sup>25</sup> OÖLA, Pol. A., MF 7, Bericht aus Windischgarsten vom 20. Mai 1939, S. 2.

<sup>26</sup> AdR, Bürckel Materie, Kt. 158/ 244. – Durchführung des nationalsozialistischen Feiertages 1. Mai 1938 in Österreich.

<sup>27</sup> Auch unter dem österreichischen Ständestaat hatte man größte Probleme, den Ersten Mai in einen regimetauglichen Feiertag umzuwandeln. Man feierte eine Art Verfassungsfeiertag, dessen inhaltliche Ausrichtung den alten Arbeiterfeiertag konfessionell vereinnahmte. Das neue Konzept, das den Beginn des Marienmonats mit dem Symbol der erwachenden Natur verband und gleichzeitig Tag der Jugend und Tag der Arbeit war, konnte nur wenig überzeugen. Auf diese Art seines Ursprungs beraubt und vom neuen Regime für sich adaptiert, entfaltete der 1. Mai im Ständestaat auch keine breitere identitätsstiftende Wirkung. Vgl. Spann, Gustav: Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde. 1/ 1996. S. 27f.

staltung des sozialistischen 1. Mais ausnützten, um mit liturgischer Subtilität und Eifer eine bereits gefestigte Tradition politisch neu zu besetzen, scheiterten sie gerade, wie es aus den oberösterreichischen Quellen hervorgeht, an dem festgefahrenen System, das sie sich aneignen wollten. Der 1. Mai wurde besonders von der bäuerlichen Bevölkerung wegen seiner Konnotation mit der Arbeiterschicht nur akzeptiert, eine Identifikation im Sinn der NS-Propaganda blieb aus:

*„Die im heurigen Jahre veranstaltete Maifeier ist diesmal in einer nicht so großzügigen Form durchgeführt worden, wie im Vorjahr und überhaupt war die Teilnahme der bäuerlichen Bevölkerung hauptsächlich der älteren Jahrgänge eine bedeutend geringere. Der auch im Zuge zum Festplatz unter Vorantritt des Ortsbauernführers mitma[ar]schierende ‚Reichsnährstand‘ zählte im ganzen 12 Mann. Diese mangelnde Beteiligung hatte darin seine Ursache, weil die Landbevölkerung den 1. Mai nur notgedrungen als Feiertag gelten lassen will.“<sup>28</sup>*

Wie diese Ausführungen über den 1. Mai 1939 zeigen, gilt Partizipation als grundlegendes Element für das Gelingen einer politischen Veranstaltung. Die Teilnahme am politischen Fest ist sehr stark vom politischen System beeinflusst, sowie von der Einstellung des einzelnen gegenüber diesem. In Diktaturen findet man häufig die unfreiwillige Partizipation oder zumindest die halbunfreiwillige, nämlich dann, wenn die soziale Kontrolle der Gesellschaft die Entscheidungsfreiheit darüber abnimmt. Auch wenn per Anordnung der Reichsleitung der NSDAP (Juli 1934) klargestellt wurde, daß weder Mitglieder der Partei, noch Volksgenossen gezwungen werden dürfen, an Parteiveranstaltungen teilzunehmen, kam es trotzdem zu Übertretungen dieser Regelung. Die Politischen Leiter hätten die Veranstaltungen so zu gestalten, daß jeder gerne dem „Ruf zur Teilnahme folgt und aus der Teilnahme neue Kraft für die weitere Arbeit schöpft.“<sup>29</sup> Die Partei erkannte sehr wohl, daß ein erzwungener Besuch das Klima störe und die Teilnehmer dem Nationalsozialismus eher entferne, als daß sie für diesen werben.

*„Der Führer will das neue Deutschland nicht auf Zwang sondern auf Vertrauen und freiwillige Gefolgschaft aufbauen.“<sup>30</sup>*

<sup>28</sup> OÖLA, Pol. A., MF 7. – Bericht aus Wartberg a. d. Kr. vom 22.5.1939, S. 2. – Andere Veranstaltungen der NSDAP erfreuten sich aber durchaus des bäuerlichen Zuspruchs.

<sup>29</sup> BA Berlin, NS 6/ 217. – Rundschreiben vom 19. Juli 1934.

<sup>30</sup> ebda.

Doch die Realität sah oft anders aus. Im Landkreis Kirchdorf a. d. Krems übte ein Ortsgruppenleiter nach der mißlungenen Maifeier von 1939 unter Androhung der Deportation nach Dachau in der Mitgliederversammlung der Partei offenen Druck auf die Mitglieder aus, sich verstärkt an Parteiaktivitäten zu betätigen.<sup>31</sup> Neben derartigen offenen Drohungen existierte auch der Druck, der aus dem appellativen Charakter von Veranstaltungsankündigungen oder aus den Grundsätzen der NSDAP erwachsen. Während Mitglieder der NSDAP, unabhängig von ihrem Enthusiasmus für die Partei, ständig aufgefordert wurden, sich aktiv an Veranstaltungen der Partei und ihrer Gliederungen zu beteiligen, wuchs auch der soziale Druck auf den Durchschnittsbürger, der, besonders in kleineren Gemeinden, durch die Partizipation seine Bejahung zum politischen System zum Ausdruck bringen sollte.

Aber nicht in jedem Fall kann man die Teilnahme an derartigen Veranstaltungen durch politischen Enthusiasmus oder Zwang erklären, denn die größte propagandistische Wirkung konnte dann erzielt werden, wenn die Partizipation freiwilliger Natur war. Eine Reihe von Gründen konnte dafür verantwortlich zeichnen, weshalb man an einem politischen Fest freiwillig teilnahm (Sensationsgier, pure Unterhaltungslust, Opportunismus, Langeweile, Informationsbedürfnis, etc.)<sup>32</sup>. Politische Partizipation konnte dadurch aber zur Unterhaltung verkommen, wodurch die eigentliche informative Ebene sekundär wurde.

Doch die Partei konnte die Fehler im Umgang mit den Teilnehmern wegen des Ausbruchs des Krieges nur erschwert in Griff bekommen. Die Kirche wurde zum Hauptkonkurrenten.<sup>33</sup> Ihr gelang es vor allem im ländlichen Gebiet, eine größere Feiergemeinde zu rekrutieren als sie die NSDAP besaß. Lange Zeit schauten die Ortsgruppenleiter neidvoll auf die überfüllten Kirchen, während sie mit rückläufigen Teilnehmerzahlen zu kämpfen hatten. Seit 1939 war das nationalsozialistische Feiertagssystem weitgehend fixiert, und die Ritualisierung der einzelnen Veranstaltungen war bereits soweit gleichgeschaltet, daß man im ganzen Reich gleiche Formen antraf, und doch fehlte den Nationalsozialisten jene kleinere persönlichere Feiereinheit mit denen die Kirche die Gläubigen emotional beeindruckte – die Gedächtnis- und Trauergottesdienste. Im September 1940 beschwichtigte die Parteileitung die ersten Rufe nach einer nationalsozialistischen Gefallenenehrung mit folgender Bekanntgabe:

<sup>31</sup> OÖLA, Pol. A., MF 7. – Bericht aus Pettenbach vom 21. Mai 1939. S. 2.

<sup>32</sup> vgl. Kühberger, Christoph: *Faschistische Selbstdarstellung. Eine Retortenstadt Mussolinis als Bühne des Faschismus*. Berlin 2000. S. 25.

<sup>33</sup> Auch die Kirche wurde durch den Nationalsozialismus verstärkt an ihrer Tätigkeit gehindert. Vgl. dazu u.a.: Hollerweger, Hans: *Die Liturgische Bewegung in der NS-Zeit*. In: *Das Bistum Linz im Dritten Reich*. Hg. v. Rudolf Zinnhobler. Linz 1979. S. 393–414.

*„Die Ehrung der für das Vaterland Gefallenen und die Pflege der Erinnerung an die glänzenden Waffentaten des Großdeutschen Freiheitskampfes wird die vornehmste Ehrenpflicht des deutschen Volkes nach dem Krieg sein. [...] Die Zeit für die Errichtung solcher Male erachtet der Führer noch nicht für gekommen.“*<sup>34</sup>

Da man in der Partei von höchster Stelle von einem kurzen Krieg überzeugt war und erst nach Kriegsende eine Feier für sämtliche Gefallenen veranstalten wollte<sup>35</sup>, bildeten sich erst relativ spät Strukturen aus, um im Wettstreit mit kirchlichen Einrichtungen mithalten zu können. Im Herbst 1941 waren etwa Gefallenengedenken auf dem Gebiet des angeschlossenen Österreichs eine Seltenheit oder wurden aufgrund von Verboten der Gau- und Kreisleitung gar nicht durchgeführt.<sup>36</sup> Dabei stand man aber immer im Zwiespalt entweder den Versuch ein parteiliches Gegengewicht zu den kirchlichen Feiern einzuführen oder die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber parteilicher Trauerfeiern zu akzeptieren.<sup>37</sup> Die 1941 erlassenen Direktiven (Rundschreiben Nr. 3 vom 11.9.1941), die eine parteiliche Heldenehrung in kurzer aber würdiger Form in Mitgliederversammlungen oder bei öffentlichen Kundgebungen vorsah, konnte die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen und mußten eher als Notlösung angesehen werden.

Diese Regelung führte dazu, daß in einigen Ortsgruppen Heldenehrungsfeiern mit politischen Kundgebungen gekoppelt wurden, wobei die Namen von bis zu 40 Gefallenen verlesen wurden und die Angehörigen der Gefallenen in Tränen ausbrachen, so daß der Redner es schwer hatte, die Stimmung der Versammlung wieder hoch zu reißen.<sup>38</sup> Gleich problematisch und von der Bevölkerung als „Unsitte“ betrachtet wurden die Gedenkminuten vor Beginn öffentlicher Veranstaltungen. So wird aus Salzburg berichtet:

*„Diese Art der Heldenehrung wird als Herabwürdigung der Gefallenen empfunden, wenn die Volksgenossen vor ihren Bierern und womöglich mit ihrer Virginia im Mund der toten Helden gedenken.“*<sup>39</sup>

Von diesen unsicheren Gehversuchen auf diesem Terrain profitierte vor allem die Kirche. Sie konnte ihre Monopolstellung gegenüber der Partei im

<sup>34</sup> BA Berlin, NS 6/ 820. – Reichsverfügungsblatt vom 2.10.1940. B 67/40. S. 140.

<sup>35</sup> BA Berlin, R 58/ 156. – Meldungen aus dem Reich Nr. 138. 4.11.1940. – Unklarheiten in der Durchführung von Gedächtnisfeiern für Gefallene. S. 12.

<sup>36</sup> vgl. BA Berlin, R 58/ 165. – Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. 20.10.1941. S. 5.

<sup>37</sup> ebda, S. 4.

<sup>38</sup> BA Berlin, NS 18/ 481 – Brief an die Reichspropagandaleitung vom 9.12.1941. – Dieses Beispiel stammt nicht aus Oberösterreich, sondern soll die Folgen schlechter Durchführungsrichtlinien aufzeigen.

<sup>39</sup> BA Berlin, R 58/ 172. – Meldungen aus dem Reich. 15.6.1942. S. 4.

Totengedenken ausbauen. In der Analyse des Sicherheitsdienstes für den Abschnitt Linz wird für 1943 festgestellt, daß die Beteiligung an den kirchlichen Feiern zu Allerheiligen am Land beinahe ausnahmslos stärker war als bei den Feiern anlässlich des 9. Novembers (Gedenktag an die Gefallenen der Partei):

*„Es zeigt sich, dass aus dem Kreis der Teilnehmer an den Parteifeiern nur verhältnismässig wenige Volksgenossen waren, die nicht auch die kirchlichen Feiern besuchten, während umgekehrt viele Volksgenossen an den kirchlichen Feiern teilnahmen, die grundsätzlich Veranstaltungen der Partei fernblieben. In den Städten war dagegen die Beteiligung an den Feiern der Partei zumeist stärker, als an den Veranstaltungen der Kirche.“<sup>40</sup>*

Die NSDAP geht für Oberdonau von einer 40 bis 60 prozentigen Beteiligung an ihren Veranstaltungen zum Gefallenengedenken aus.<sup>41</sup> Was zur Folge hatte, daß Säle halb leer blieben und der feierliche Rahmen dadurch stark beeinträchtigt wurde.<sup>42</sup>

Die schwachen Teilnehmerzahlen sind auf verschiedenste Gründe zurückzuführen. Als elementar muß man das erst sehr späte Reagieren der Partei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ansehen. Die Kirche verabsäumte es nicht, auf die Sorgen und Ängste der Hinterbliebenen frühzeitig einzugehen<sup>43</sup> und bot ihnen einen Ort des Trostes, während man seitens der Partei etwa 1940 nicht die Trauer als urmenschliches Empfinden hervorhob, sondern auf die Größe der Leistungen der Gefallenen, ihre Kämpfe und Opfer verwies, um Lebens- und Siegeswillen positiv zu beeinflussen.<sup>44</sup> Bis man von der Partei die Notwendigkeit von trostspendenden Veranstaltungen erkannte, gingen die Hinterbliebenen den zusätzlichen schmerzhaften Erinnerungen aus dem Weg.<sup>45</sup> Zumeist waren diese Verdrängungsmechanismen gepaart mit einer „latent bestehenden Verbitterung gegenüber der Partei, als der vermeintlichen Urheberin des Krieges.“<sup>46</sup> Der Krieg förderte zweifelsohne das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, dieses entsprach aber nicht dem ideologi-

<sup>40</sup> BA Berlin, NS 6/ 97. – SD-Abschnitt Linz, Bericht über das religiöse Leben. 3.12.1943. S. 3.

<sup>41</sup> ebda, S. 5.

<sup>42</sup> ebda, S. 5. – „Der 300 Personen fassende Saal [in Braunau] war höchstens von 100 Partei- und Volksgenossen besetzt.“

<sup>43</sup> Die Partei beklagte vor allem die verstärkte seelsorgerische Tätigkeit der Kirche (besonders Hausbesuche), die in weiterer Folge nicht nur den kirchlichen Einfluß vergrößerte, sondern auch die Kirchen füllte. – Vgl. BA Berlin, NS 6/ 408. – SD-Abschnitt Linz. Bericht über das religiöse Leben. 30.11.1942. S. 1.

<sup>44</sup> Halapier, Barbara: Funktion und Gestaltung der Feste und Feiern im Dritten Reich. (Diplomarbeit) Wien 1996. S. 103.

<sup>45</sup> vgl. BA Berlin, NS 6/ 97. – SD-Abschnitt Linz. Bericht über das religiöse Leben. 3.12.1943. S. 5.

<sup>46</sup> ebda, S. 5.

sierten Bild der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, die von der Partei propagiert und gepredigt wurde. Vielmehr wurde die Kluft zwischen Volk und Partei immer offensichtlicher.<sup>47</sup> Bei Veranstaltungen, bei denen jüngere politische Leiter, die noch keine Frontdienst geleistet hatten, als Redner eingesetzt wurden, fühlten sich vor allem Frauen Eingerückter und Angehörige Gefallener von der Partei verhöhnt. Der Sicherheitsdienstbericht zitiert eine Frau, deren Bruder vor kurzem gefallen war:

*„Ein Mensch, der selbst noch nicht das Geringste mitgemacht hat, soll doch nicht zu derartigen Aufgaben herangezogen werden. Was weiss denn der schon vom Krieg, der selbst daheim im Trockenen sitzt und ausserdem niemand draussen stehen hat.“*<sup>48</sup>

Die durch diese Faktoren bereits beeinträchtigte Ausgangsposition wurde zusätzlich durch oft schlecht organisierte und mangelhaft ausgestaltete Parteiveranstaltungen nicht verbessert. Das Fehlen von geeigneten Festräumen, einer musikalischen Umrahmung und von geschulten Rednern ließ die Popularität der von den Ortsgruppen gestalteten Feierlichkeiten nicht gerade wachsen.<sup>49</sup>

Wie gezeigt wurde, bildete die Kirche die einzige Konkurrenz, die im Stande war, die breite Masse für sich zu mobilisieren. Besonders während des Krieges gelingt es ihr durch kirchliche Gegenfeiern, die nationalsozialistische Feierpraxis zu unterwandern. Die schlecht organisierten Gefallenenfeiern der Partei sind dafür bestes Beispiel. Wie Allerheiligen zum 9. November in Konkurrenz stand, so versuchte die Kirche auch andere christliche Feiern den nationalsozialistischen entgegenzusetzen. Auch der Erntedank, der im deutschen Reich seit 1934 als offizieller staatlicher Feiertag per Gesetz am ersten Sonntag nach Michaelis fixiert wurde<sup>50</sup>, sollte von der Partei genützt werden, um insbesondere die ländliche Bevölkerung stärker an den Nationalsozialismus zu binden.<sup>51</sup> Zwischen 1933 und 1937 fand jährlich ein Staatsakt am Bückeberg bei Hameln statt<sup>52</sup>, wo sich der Führer im Namen des gesamten deutschen Volkes bei den Bauern für die eingebrachte Ernte bedankte.<sup>53</sup>

<sup>47</sup> Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung. Stuttgart 1999. S. 197.

<sup>48</sup> BA Berlin, NS 6/ 97. – SD-Abschnitt Linz. Bericht über das religiöse Leben. 3.12.1943. S. 4.

<sup>49</sup> vgl. dazu: BA, Berlin, R 58/ 172 . Meldungen aus dem Reich Nr. 291. 15.6.1942. S. 3ff. – NS 6/ 97. SD-Abschnitt Linz. Bericht über das religiöse Leben. 3.12.1943. passim.

<sup>50</sup> Gesetz über die Feiertage, 27.2.1934. §3. (RGBl. I, S. 129.).

<sup>51</sup> Halapier, S. 90.

<sup>52</sup> vgl. dazu: Gelderblom, Bernhard: Die Reichserntedankfeste auf den Bückeberg 1933–1937. Hameln 1998.

<sup>53</sup> Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 6.10.1940, Gedanken zum Erntedankfest, S. 13.

1938 wurde dieses pompöse Großspektakel wegen der Sudetenkrise zum ersten Mal seit der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht abgehalten. Der Staatsakt fiel somit aus. Das Propagandaministerium ließ verlautbaren:

*„Durch die verständliche Inanspruchnahme aller Transportmittel ist es notwendig geworden, die Feier des Erntedankes auf dem Bückeberg und die damit verbundenen Empfänge in Hannover und Goslar ausfallen zu lassen.“*<sup>54</sup>

Als auch 1939 aufgrund des Polenfeldzuges der Feiertag nicht offiziell begangen wurde und auf Anordnung des Führers auch die Beflaggung unterblieb<sup>55</sup>, fiel der Feiertag auch nach und nach auf örtlicher Ebene weg. Bis zum Fall des Regimes wurden die bis in die vierziger Jahre in der Presse hochgelobten Veranstaltungen am Bückeberg nicht wieder aufgenommen.<sup>56</sup> Erst infolge einer regimepolitischer Neuorientierung setzte man sich seitens der Propagandaeinrichtungen ab 1942 verstärkt für die einheitliche Durchführung des Erntedankfestes zumindest auf Gau- und Ortsebene ein.<sup>57</sup> Österreich litt somit wiederum an einer nicht vollzogenen „invented tradition“ des Nationalsozialismus, da man den Hauptbildungsprozeß der Formalisierung und Ritualisierung Anfang der dreißiger Jahre nicht mitvollziehen konnte.<sup>58</sup>

Als man 1942 wieder flächendeckend zu arbeiten begann, versuchte man, auch seitens der Partei ideologische Grundsätze hintanzustellen und primär auf die Bedürfnisse und Verhältnisse auf dem Land bei der bäuerlichen Bevölkerung einzugehen. Die Propaganda erkannte, daß die Feiern nur dann zum Erfolg führten, wenn man die Richtlinien nur schematisch befolgte und bodenständige Elemente einfließen ließ.<sup>59</sup> So gelang es im Landkreis Tamsweg (Reichsgau Salzburg) durch die Kombination des parteilichen Erntedankfestes mit einem Volksfest großen Zuspruch zu erlangen:

*„... es war erfreulich festzustellen, mit welcher unwiderstehlicher Anziehungskraft heute noch das alte Volksbrauchtum die Bauern selbst von den entlegensten Berghöfen anzog. Es wurde somit erreicht, dass Volksgenossen, die bisher alles, was mit der Partei nur irgendwie zusammenhing, ängstlich mieden, da waren, und vielfach nach Schluß der Feier in begeisterten Worten über das Erntedankfest und alles, was sie dabei gesehen und gehört hatten, sprachen. Wie wichtig gerade die Brauchtums- und Volkspflege auch im*

<sup>54</sup> Salzburger Landeszeitung, 1.10.1938, Erntedankfest fällt aus, S. 1.

<sup>55</sup> Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 1.10.1939, S. 1.

<sup>56</sup> Schmeer, S. 90.

<sup>57</sup> ebda.

<sup>58</sup> vgl. Howsbawm, Eric: Introduction – Inventing traditions. In: The invention of tradition. Hg. v. E. Howsbawm/ T. Ranger. Cambridge 1997 (6. Aufl.). S. 4.

<sup>59</sup> BA Berlin, R 58/ 178, Meldungen aus dem Reich, Nr. 341. 7.12.1942. S. 4ff.

*Kampf gegen den konfessionellen Gegner ist, hat die Erntefeier im Landkreis Tamsweg (Lungau) gezeigt, wo in vielen Orten die Bauern nicht zur Kirche gingen und lieber den oft Stunden weiten Weg nach Tamsweg zurückzulegen, um zum Erntedankfest zurecht zu kommen.“<sup>60</sup>*

Aber nicht überall in der Ostmark konnten derartige Erfolge bereits im ersten Jahr der nationalsozialistischen Erntedankoffensive verzeichnet werden. Denn auch die Kirche rüstete auf und integrierte das bäuerliche Brauchtum stärker in die Eucharistie. Aus Oberdonau wird berichtet, daß die Erntedankgottesdienste teilweise die parteilichen Feiern verdrängten. Der Dank an Gott stand dabei natürlich im Mittelpunkt und die Messen strotzten vor symbolischen Taten und Gesten:

*„In einigen Fällen wurden von der Bevölkerung zusammengetragene Lebensmittel, wie Butter, Eier, Obst, Zwiebel, Brot usw. vor dem Altar aufgebaut. Weißgekleidete Mädchen trugen in prozessionsartigen Umzügen Blumen und Früchte auf Tellern – gleich einem Opfer – und ausschließlich erwachsene Mädchen große Erntekränze in die überfüllten Kirchen. Sprechchöre wechselten mit Absingen von Liedern. In den Predigten legten die Geistlichen die Betonung auf den Segen Gottes, ohne dem doch alles nutzlos sei.“<sup>61</sup>*

Sich der Fehler vom Vorjahr durchaus bewußt, verstärkte man seitens der NSDAP in Oberdonau die Vorbereitung für die Durchführung des Erntedankfestes im Jahre 1943. Obwohl es genügend Informationsmaterial und Ratschläge für die Organisation gab<sup>62</sup>, sah sich auch die Gaupropagandaleitung und die Landesbauernschaft Oberdonaus veranlaßt, eine eigene Broschüre zu veröffentlichen, worin die einzelnen Festelemente genau beschrieben sind. In dem Vorwort schrieb Gauleiter August Eigruber:

*„Ich erwarte, daß alle Dienststellen der Partei und des Staates mithelfen, den 3. Oktober 1943 zu einem würdigen Fest zu gestalten, verbunden mit altem deutschen Brauchtum.“<sup>63</sup>*

Auch wenn die ideologischen Überformungen der parteilichen Feiern (‚Blut und Boden‘-Doktrin) die Bevölkerung nicht in den Maßen erreichten, wie das vorgesehen gewesen wäre, konnte man in Oberdonau für 1943 einen

<sup>60</sup> ebda, S. 4.

<sup>61</sup> BA Berlin, NS 6/ 408. – Bericht über das religiöse Leben. SD-Abschnitt Linz. 30.11.1942. S. 5.

<sup>62</sup> Die wichtigste Veröffentlichung war diesbezüglich „Die neue Gemeinschaft“, Jg. 9, Heft 8, August 1943. München 1943.

<sup>63</sup> Gaupropagandaleitung/ Landesbauernschaft Oberdonau (Hg.): Zum Erntedank 1943 im Gau Oberdonau. Linz 1943. (OÖLA, Flgs. 1187)

Erfolg feiern. In weiten Teilen der Ostmark, genannt werden Oberdonau, Salzburg und Steiermark, gelang es, das Erntedankfest unter Beteiligung weitester Bevölkerungskreise als „bäuerliche Volksfeste“ durchzuführen.<sup>64</sup> Die NSDAP ging davon aus, daß der Erfolg dieses Festes, im in diesen Gauen noch stärker erhaltenen bäuerlichen Brauchtum begründet liegt. Die verantwortlichen Parteistellen gaben den Bauern häufig das Gefühl, ihr Fest ganz selbständig gestalten zu können.<sup>65</sup>

Dort wo Schwierigkeiten, vor allem durch Desinteresse, auftraten, wurden diese mit der Politik- und Parteiverdrossenheit, mit der bäuerlichen Frömmigkeit oder mit dem ungünstigen Zeitpunkt, der genau in die Erntezeit fiel, erklärt.<sup>66</sup>

Das Hauptanliegen der Partei anlässlich des Erntedankfestes war es, neben dem Versuch die Feierlichkeiten zu etablieren, die kirchliche Konkurrenz auszuschalten, um die städtische Bevölkerung vom Bauerntum her antichristlich missionieren zu können und um ihren germanisch-paganen Mythos der Volksgemeinschaft voll ausleben zu können.<sup>67</sup>

Neben den bereits erwähnten Konkurrenzverhalten zwischen Partei und Kirche tobte ein zusätzlicher ideologischer Kleinkrieg, der vor allem im ländlichen Bereich als offizieller Widerstand ausgelebt wurde. Das oppositionelle Verhalten, besonders von Ortsgeistlichen, trat sporadisch und ungeplant auf, wenngleich es zu den immer gleichen Reibungsstellen zwischen den Vertretern der NSDAP und der Kirche kam.<sup>68</sup> So führten mitunter die Kirchenglocken zu Spannungen, da man von kirchlicher Seite her nicht bereit war, bei den Begräbnissen von Apostaten diese zu läuten. Da aber bis 1942 eindeutige Regelungen für Oberdonau fehlten, kam es des öfteren zu offenen Konflikten.<sup>69</sup> Nicht selten endeten sie in einer Blamage für die Partei, da die Pfarrer ihre Weisungen nur vom bischöflichen Ordinariat entgegennahmen:

<sup>64</sup> BA Berlin, R 58/ 190. SD-Bericht zu Inlandsfragen. 15.11.1943. S. 10.

<sup>65</sup> ebda, S. 3f.

<sup>66</sup> ebda, S. 10ff.

<sup>67</sup> vgl. Schmeer, S. 91.

<sup>68</sup> Eder, Roswitha: Reaktionen der Katholischen Kirche Österreichs auf die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1938–1945. (Diplomarbeit). Salzburg 1988. S. 76.

<sup>69</sup> In Salzburg wurde dieses Problem bereits früher gelöst, da der Bürgermeister zu diesem Zweck einen Zweitschlüssel für den Glockenturm ausgehändigt bekam. Vgl. Bericht des Gauleiters und Reichsstatthalter in Salzburg Dr. Friedrich Rainer an den Leiter der Parteikanzlei in München betreffend das Glockenläuten bei Beerdigungen, 20.10.1941. In: DÖW E 19.257. Zitiert nach Eder, S. 79. – Die in Oberösterreich auftretenden Schwierigkeiten mit dem Läuten der Kirchenglocken hätten viel früher schon geregelt sein müssen. Mit dem Rundschreiben Nr. 82/ 1941 aus der Partei-Kanzlei (gez. M. Bormann) wurden die Reichstatthalter bzw. die Chiefs der Zivilverwaltung damit beauftragt, Regelungen zu erlassen, um eine „würdige Bestattung“ aller Volksgenossen zu gewährleisten, was eben auch das Läuten miteingeschlossen hätte. Dieses Rundschreiben dürfte in Oberösterreich keine Wirkung gezeigt haben. – Vgl. BA Berlin, NS 6/ 335, R 82/ 1941, 1.7.1941, S. 1.

*„Am 23.11.1941 wurde in Gallneukirchen, Krs. Linz-Land, das 15 Monate alte ungetaufte Kind des gottgläubigen Ehepaares W. zu Grabe getragen. Unmittelbar vor der Ankunft des Trauerzuges am Marktplatz trat der Ortsgruppenleiter Pg. Tanzer aus dem Trauerzug auf den gerade dort stehenden Pfarrer Silberhumer zu und verlangte von ihm die sofortige Veranlassung des Glockengeläutes. Der OL wies dabei auf den schon damals bestehenden Erlass des Reichsstatthalters von Oberdonau hin, wonach beim Begräbnis der Volksgenossen, ohne Rücksicht auf deren Konfessionszugehörigkeit zur Gestaltung einer würdigen Totenfeier, die Glocken geläutet werden sollten. ... Der Pfarrer wies das Ersuchen des OL mit der Bemerkung zurück, daß die Glocken nur beim Begräbnis von Katholiken geläutet werden könnten und ihm der Erlass des Reichsstatthalters nicht bekannt sei. Die Glocken wurden daher nicht geläutet.“<sup>70</sup>*

Ähnliche Vorfälle konnten auch in Hofkirchen (Kreis Grieskirchen) und Viechtwang (Kreis Gmunden) beobachtet werden. Erst mit einem Rundschreiben des bischöflichen Ordinariats Linz vom 16. November 1942 wurde diese Beeinträchtigung der nationalsozialistischen Trauerfeierlichkeiten dahingehend gelöst, daß „das Glockengeläute beim Begräbnis von Nichtkatholiken zu dulden“ ist und die Partei „für eine sachgemässe Durchführung des Geläutes und für ein dem heiligen Ort geziemendes Verhalten der Läuter“ verantwortlich ist.<sup>71</sup>

Dieses Einlenken der kirchlichen Verwaltung im Spätherbst 1942 zeigt, wie stark die Kirche versuchte, sich gegen das Regime zu behaupten. Bereits im Sommer 1941 erging ein Rundschreiben an die neuangegliederten Länder, in dem die zuständigen Behörden von oberster Stelle der Parteileitung die

<sup>70</sup> BA Berlin, NS 6/ 408. Meldungen aus dem Reich – Oberdonau. SD-Abschnitt Linz, 30.11.1942, S. 2. – Der Pfarrer wurde von der Staatspolizeistelle Linz vorgeladen, verwahrt und ein Sicherungsgeld auferlegt.

<sup>71</sup> ebda, S. 3. – „Zl. 6816. Glöckengeläute beim Begräbnis von Nichtkatholiken. Linz, den 16. Nov. 42. An alle hochwürdigen Pfarrämter! Bekanntlich ist es nach den kirchlichen Vorschriften nicht gestattet, die geweihten Kirchenglocken beim Begräbnis von Nichtkatholiken zu benützen. Behördliche Verfügungen stehen aber auf einem anderen Standpunkt. Die kirchlichen Stellen haben zuständigen Orts ihre Einwendung erhoben, die aber bisher keine Erwiderung gefunden haben. Da sich in einzelnen Fällen bedeutende Schwierigkeiten ergeben haben, ist gemäss dem im Diözesanblatt 1939, Art. 221 angeführten Noldinzitat das Glöckengeläute beim Begräbnis von Nichtkatholiken zu dulden; d.h. auf Anordnung der zuständigen Ortsbehörde (Polizei, Bürgermeister) ist der Zugang zum Glockenhaus zu gewähren. Die das Glöckengeläute anordnende Stelle trägt die Verantwortung für die sachgemässe Durchführung des Geläutes und für ein dem hl. Orte geziemendes Verhalten der Läuter. Eine Veranlassung des Geläutes durch den Pfarrer und eine Durchführung durch die kirchlichen Angestellten kommt beim Begräbnis von Nichtkatholiken nicht in Frage und wird auch von den staatlichen Stellen, – wie ausdrücklich versichert wurde, – nicht verlangt. Josephus Calas. Fließner, Weihbischof und Kapitelvikar der Diözese Linz.“

usurpatorische Befugnis für das Läuten der Kirchenglocken für alle Volksgenossen, unabhängig, ob sie keiner oder einer Konfession angehörten, erhielten.<sup>72</sup>

Von parteilichen Stellen wurde aber auch immer wieder die kirchliche Aneignung von völkischem Brauchtum kritisiert, wie etwa die bereits erwähnten Erntedankfeiern. Die Partei diskutierte diesbezüglich vor allem über Maßnahmen gegen diese Inanspruchnahme von Volksbräuchen. In einer Stellungnahme der Parteikanzlei vom 17. Oktober 1942 heißt es dazu:

*„Meines Erachtens genügt es keineswegs gegen alteingeführte Volksbräuche, die die Kirche ausnützt, mit Gewaltmaßnahmen einzuschreiten. Die weltanschaulichen Gegner können sich nur so lange auf die Gestaltung angeeigneter deutscher Volksbräuche stützen, als nicht die Partei ihrerseits die Initiative ergreift und die Menschenführung auch an den Feiertagen des Volkes bei festlicher und ernster Gelegenheit übernommen hat.“<sup>73</sup>*

Trotz des Versuches primär die eigenen parteilichen Feiern zu stabilisieren und auszubauen, konnte die Kirche auch in den folgenden Jahren ihre Monopolstellung in der Feiergusaltung gegenüber der NSDAP behaupten.<sup>74</sup> Die Kirche reagierte relativ flexibel und versuchte, die Bevölkerung durch die Integration von Brauchumselementen in den kirchlichen Jahreskreis noch stärker an sich zu binden. Der Partei gelang es aber nicht dieser Parallelisierung bzw. Erweiterung der kirchlichen Praxis entgegenzuwirken. So tauchten neben den Feldfruchtaltären und Erntekronen am kirchlichen Erntedankfest auch Adventkränze in der Vorweihnachtszeit auf. Der Sicherheitsdienst bemerkt diesbezüglich:

*„Das Brauchtum des Aufhängen von Adventkränzen in Kirchen und Wohnungen, das früher im allgemeinen in katholischen Kreisen als heidnisch verpönt war und erst nach dem Anschluß sich in stärkerem Maße auch in hiesigen Gegenden ausbreitete, wird nun seitens der Kirche gleichfalls durch Anbringen von Adventkränzen in Gotteshäusern und auch durch die Weihe derselben für Haushalte weitgehendst ausgenutzt.“<sup>75</sup>*

Dieses Klagen über ein angeblich von der Kirche überformtes völkisches, zumindest „heidnisches“, Brauchtum muß stark relativiert werden. Der in der

<sup>72</sup> BA Berlin, NS 6/ 335, R 82/ 1941, 1.7.1941, S. 1ff.

<sup>73</sup> BA Berlin, NS 6/ 408. Bericht über das religiöse Leben. SD-Abschnitt Linz. 30.11.1942. S. 6.

<sup>74</sup> vgl. BA Berlin, NS 6/ 97. Bericht über das religiöse Leben. SD-Abschnitt Linz. 31.12.1943. S. 1.

<sup>75</sup> ebda.

nationalsozialistischen Propagandaliteratur germanisierte Adventkranz<sup>76</sup> hat seine Wurzeln nämlich in der evangelischen-kirchlichen Tradition des 19. Jahrhunderts. Ursprünglich als großer Kranz mit vierundzwanzig Kerzen versehen, später auf vier reduziert, wurde er von dem evangelischen Oberkonsistorialrat Johann Hinrich Wichern von Hamburg aus verbreitet.<sup>77</sup> Die Aufnahme des Adventkranzes in die katholische Liturgie gestaltete sich zu den unterschiedlichsten Zeitpunkten (Köln 1925; Berchtesgaden 1935; München 1937). In einigen Gegenden wurde der Brauch aber noch vor dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner Konnotation mit dem „Mythos von Blut und Boden“ abgelehnt (z. B. Landshut).<sup>78</sup>

In Oberösterreich war die Integration der Adventkränze in die katholische Liturgie einerseits eine logische Folge der Nord-Süd-Ausbreitung des Brauches<sup>79</sup>, aber andererseits auch Ausdruck der forcierten kirchlichen Volksfrömmigkeit. Mit der Benediktion der Kränze für Heim und Kirche in den frühen vierziger Jahren übernahm Österreich im deutschsprachigen Gebiet eine Vorreiterrolle.<sup>80</sup> Während 1942 der Sicherheitsdienststelle Linz nur ein Fall einer kirchlichen Weihung bekannt wurde, bemühte sich ein Jahr später schon eine größere Anzahl an Geistlichen, um derartige Weihungen durchzuführen.<sup>81</sup>

Somit beanspruchte der Nationalsozialismus in diesem Fall ein genuin evangelisches Symbol aus der Mitte des 19. Jahrhunderts für das völkische Brauchtum. Er sah die Erfindung bzw. Einführung sämtlicher weihnachtlicher Bräuche nur als Entwicklungsstufen zwischen dem Germanentum und der Gegenwart an.<sup>82</sup>

#### 4. Widerstand

Die nationalsozialistische Fest- und Feiertagskultur hatte aber auch mit Störaktionen von ‚staatsfeindlichen Elementen‘ zu rechnen. Das Betätigungsfeld hierfür war mannigfaltig, da besonders Großveranstaltungen, Reisen von Persönlichkeiten oder ganz einfach Feiertage eine optimale Plattform boten, um auch auf die eigene oppositionelle Tätigkeit hinzuweisen und an den ideologischen Grundsätzen des Regimes zu rütteln.

<sup>76</sup> In einer Publikation von 1941 steht der vorweihnachtliche Lichterkranz im direkten Zusammenhang mit der „urgermanischen Formkraft“, die Symbolik und Brauchtum prägen würden. Vgl. Bolay, Karl-Heinz: Deutsche Weihnachten. Ein Wegweiser für Gemeinschaft und Familie. Berlin 1941. S. 14f und S. 23.

<sup>77</sup> Moser, Dietz-Rüdiger: Bräuche und Feste im christlichen Jahreslauf. Graz – Wien – Köln 1993. S. 78.

<sup>78</sup> Läßle, Alfred: Kleines Lexikon des christlichen Brauchtums. Augsburg 1996. S. 28.

<sup>79</sup> Vgl. Moser, S. 80.

<sup>80</sup> ebda.

<sup>81</sup> vgl. BA Berlin, NS &/ 97. Bericht über das religiöse Leben. SD-Abschnitt Linz. 31.12.1943. S.1.

<sup>82</sup> Klatt, Erwin: Deutsches Brauchtum im Jahreslauf. Berlin 1938. S. 30f.

Feiertage waren aufgrund ihrer außeralltäglichen Natur, die eine erhöhte Aufmerksamkeit der Bevölkerung miteinschließt, besonders geeignet, propagandistisch auf sie einzuwirken. Dies nützten nicht nur die Nationalsozialisten sondern auch der illegale Widerstand, der vor allem in Kleinaktionen gegen das Regime ankämpfte. Da der Widerstand der politischen Linken in Österreich bereits unter dem Ständestaat mit Flug- und Streuzetteln versuchte, die Bevölkerung zu mobilisieren oder zumindest moralisch zu stärken<sup>83</sup>, wurde diese Taktik auch unter den Nationalsozialismus fortgesetzt.

Das verwendete Repertoire, das natürlich nur eine sehr geringe Reichweite besaß, reichte von dem Anbringen von Beschriftungen, Aufklebern oder Plakaten über Streu- und Flugzettel hin zu Schmieraktionen<sup>84</sup>, die aber allesamt die Bevölkerung nur aufrütteln, nicht aber die politische Situation verändern konnten. Der vom Regime gepriesene Konsens wurde damit unterwandert.

Besonders auffällig für derartige Handlungen waren natürlich die hohen nationalsozialistischen Festtage, wie der Geburtstag des Führers (20. April) oder der Tag der nationalen Arbeit (1. Mai). Die im Untergrund oder vom Ausland her operierende Linke, die sich nach wie vor als rechtmäßige Vertreterin der Arbeiter ansah, wies eine besondere Affinität zum 1. Mai auf.

So wurden etwa in Wien Mitte April 1942 dreißig Streuzettel mit „staatsfeindlichem Inhalt“ im 17. Bezirk gefunden. Auf kleinen Papierstreifen, die mit Durchschlag vervielfältigt wurden, war zu lesen:

*„Hoch der 1. Mai mit Hitler ist es bald vorbei!“<sup>85</sup>*

Während derartige Streuzettel und Aufkleber meist nur kurze Mitteilungen und Parolen beinhalteten, versuchten Flugblätter mehr Inhalt zu verbreiten. In einem zweiseitigen Aufruf der Kommunistischen Partei Österreichs/Gruppe Belgien wurde anlässlich des 1. Mai 1944 für aktiven Widerstand (Partisanenkrieg) gegen den Nationalsozialismus geworben, da der 1. Mai für den österreichischen Arbeiter nicht mehr nur ein „Kampftag für seine sozialen Rechte, sondern vor allem ein Kampftag für die Wiederherstellung der Freiheit ihres Landes“ geworden sei.<sup>86</sup>

<sup>83</sup> Einige sozialistische und kommunistische Beispiele für derartige Aktionen rund um den 1. Mai findet man im DÖW. – Vgl. DÖW, Flugschriften, Nr. 4039/ 30; Nr. 4097/ 37; Nr. 4029/ 328; Nr. 4009d/ 93; Nr. 4009d/ 91; Nr. 4097/ 39.

<sup>84</sup> Derartige Aktionen fürchtete man auch an überschriebenen bzw. gestrichenen Feiertagen, wie zum Beispiel rund um den 12.11.1943, den 25. Jahrestag der Ausrufung der österreichischen Republik, an dem öffentliche Gebäude, Kasernen, militärische Objekte und größere Betriebe verstärkt überwacht werden sollten. Vgl. DÖW (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Bd. 1. Wien – Linz 1982. S. 368. – Rundschreiben der Gendarmeriehauptmannschaft Wels an alle Gendarmerie Dienststellen des Kreises 11.11.1943.

<sup>85</sup> DÖW, Akt Nr. 5733b. – Tagesrapport der Gestapo. Stapostelle Wien. Tagesbericht Nr. 11 vom 24.–25.4.1942.

<sup>86</sup> DÖW, Flugblatt Nr. 4074/ 198.



*Nein, Nichts von alldem!  
 Was er uns schenkt, das sind:  
 Krieg und Mord und Tod,  
 Konzentrationslager,  
 Auflösung von Geschäften,  
 Stilllegung von Fabriken,  
 Hungerlöhne und Sklaverei.  
 Das Recht zu leben (aber wie!)  
 Das Recht zu sterben (aber wofür!)  
 Das Recht zu opfern (aber wozu!).*

*Frauen! wo sind Euere Männer!!?  
 Mütter, wo sind Eure Söhne!!  
 Nieder mit dem Krieg!!  
 Parteigenossen an die Front!“<sup>88</sup>*

Auf ähnliche Weise nützte die alliierte Propaganda dieses Bild, indem sie in einem über dem Mühlviertel abgeworfenen *Leaflet* eine Karikatur abdruckte, in der Hitler, auf einem Schädelhaufen sitzend, vom Knochenmann einen großen Blumenstrauß überreicht bekommt mit den Namen einiger Städte (Wien, Essen, Jena, Hannover, Danzig). Im Hintergrund sieht man eine brennende Stadt. Die Alliierten versuchten damit, am 20. April 1945 die Bevölkerung mit ihrem Aufruf zum Frieden für sich zu gewinnen und stellten den Führer als Hauptschuldigen des Verderbens dar.<sup>89</sup>

Die Wirksamkeit derartiger Widerstandsaktionen war natürlich aufgrund der Reichweite sehr gering, besonders weil dem inländischen Widerstand die Reproduktionsmittel fehlten und somit nur wenig Material in Umlauf gebracht werden konnte.

Zu wirklich großen Demonstrationen gegen das Regime kam es aber, soweit bisher bekannt, nie. In der vom NS-Herrschaftssystem angewandten terroristischen Unterdrückung blieben aber trotzdem relative Leerräume bestehen, in denen sich der Widerstand formierte. Gerhard Botz spricht von „kleinräumigen Lagunen“, die als Enklaven innerhalb des Systems trotz massivster Kontrolle beinahe unkontrollierbar bestehen blieben (Freundeskreis, Stammtischrunden, städtische Nachbarschaft, betriebliche Gruppierungen, Dorfgemeinschaft, Sonderstrukturen abgeschlossener Gebirgstäler).<sup>90</sup> Gleich

<sup>88</sup> DÖW, Akt Nr. 4267. – Anklageschrift des Volksgerichtshofes gegen Lehrer Karl Polly, Lehrer Wilhelm Zach, Frau Agnes Polly, Handelsvertreter Margerete Matzner, Reichsangestellter Dr. Edmund Paurneind und Gabriele Mesner.

<sup>89</sup> OÖ.Landesmuseum, Sammlung „Heimathaus Freistadt“; Luftpost, 20.4.1945.

<sup>90</sup> Botz, Gerhard: Widerstand im Einzelnen. Einleitung. In: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934 –1945. Bd. 1. Hg. v. DÖW. Wien 1982. S. 351.

wie in Deutschland nach 1933 blieb auch im angeschlossenen Österreich jeder Widerstand fragmentarisch, gespalten und isoliert, er hatte aufgrund der Repressionsmaßnahmen des Regimes keine Möglichkeit, eine Massenbasis zu finden.<sup>91</sup> Trotz der strengen Maßnahmen seitens des Sicherheitsapparats, konnte sich die Geheime Staatspolizei nie sicher sein, ob der „innere Feind“ nicht doch zuschlagen würde. Zwar war man sich bei der 1936 erstellten Sicherheitsanalyse zu den Berliner Olympischen Spielen bewußt, daß „seit der Machtübernahme keine der größeren öffentlichen Veranstaltungen durch Gewalt und Terrorakte gestört oder nur der Versuch einer Störung unternommen wurde“<sup>92</sup>, aber dennoch mußte mit Störaktionen an Licht-, Strom-, Fernspregleitungen, Hetzschriften, Sprechhören oder kleineren Zwischenfällen gerechnet werden.<sup>93</sup>

So versetzten die Streuzettel vom April 1943 die Wiener Behörden sicherlich in Alarmbereitschaft, da in der Zeit vom 16. bis 20. April im inneren Stadtgebiet ca. 20 Flugzettel gefunden wurden, die folgendes verbreiteten:

*„Weiter sagen  
Wiener verlangt am 20. April 43  
um 20 h beim Rathaus anlässlich der  
Großkundgebung vom Führer  
Friedensschluß“*

*„Weiter sagen  
Wiener verlangen am 20. April 43  
um 20 h anlässlich der Großkundgebung  
beim Rathaus ‚Schluß mit dem Krieg‘  
da sonst unsere Jugend zugrunde geht  
u. unsere alte Vaterstadt Wien  
auch noch Bombenopfer wird.“<sup>94</sup>*

Zur tatsächlichen Umsetzung kam es jedoch nicht.

Vielmehr trug man mancherorts den Unmut gegenüber der Partei offen zu Tage, indem man ritualisierte Handlungen, vor allem den Hitler Gruß, nicht anwandte. Das kritisierte etwa der Ortsgruppenleiter Adolf Koppelhuber aus

<sup>91</sup> vgl. Kershaw, Ian: Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft. München 2000 (2. Aufl.). S. 105.

<sup>92</sup> BA Berlin, R 58/ 93. – Preußische Geheime Staatspolizei. Runderlaß über die Tätigkeit der Politischen Polizei hinsichtlich der Olympischen Spiele 1936 in Berlin. 18. Juli 1936. Auszug – Allgemeiner Übersichtsplan. S. 3.

<sup>93</sup> vgl. ebda, passim.

<sup>94</sup> DÖW, Flugschrift Nr. 4074/ 120.

Vorderstoder (Kreis Kirchdorf), daß mehrere Volksgenossen und sogar politische Leiter beim Anmarsch zur Feierstunde am Geburtstag des Führers die Hoheitsfahne nicht grüßten.<sup>95</sup>

Aufgrund von schwerwiegenden Folgen für offen betriebene gegnerische Propaganda auf nationalsozialistischen Veranstaltungen unterblieben derartige Aktionen weitgehend. Einer der wenigen dokumentierten Zwischenfälle ereignete sich bei einer KdF-Veranstaltung (Steir?), bei der der Schlossergehilfe Josef Steindl von der Stapo wegen Verdacht des Hochverrats verhaftet wurde. Steindl versuchte, laut Bericht der Stapostelle Linz, „die Gäste durch Reden im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.“<sup>96</sup>

#### 4. Attentate

Die extremste Störung der Festkultur stellten natürlich Attentate dar. Auch wenn sie nicht primär auf die Störung des Festverlaufes abzielten, sondern auf die Ermordung von führenden Potentaten, so beschäftigte sich der Sicherheitsdienst ausführlich mit dieser Gefahr. Anschläge konnten prinzipiell überall durchgeführt werden, doch Großveranstaltungen boten dafür die bestmöglichen Konditionen, da Ort (bzw. Weg) und Zeit feststanden. Der zusätzliche Leichtsinn des Führers sich in offenen Limousinen zu präsentieren, hätte trotz strengster Sicherheitsmaßnahmen sein Leben kosten können. Bekanntestes Beispiel dafür ist der mißlungene Versuch von Maurice Bavaud, der Adolf Hitler am 9. November 1937<sup>97</sup> in München anlässlich der Feierlichkeiten zum Gedenktag der Blutzeugen der Partei auflauerte. Als normaler Besucher getarnt wollte er Hitler von einer Tribüne aus erschießen, hätten ihm nicht die zum deutschen Gruß ausgestreckten Hände der Spaliersteher die Sicht versperrt.<sup>98</sup> Gepaart mit dem zweiten relativ bekannten Attentatsversuch durch Johann Georg Elser, der Hitler am 8. November 1939 ebenfalls anlässlich des Jahrestages des Münchner Putsches von 1923 mit einer Bombe ermorden wollte. Durch das vorzeitige Verlassen des Münchner Bürgerbräukellers, dem Ort der Veranstaltung, überlebte Hitler. Elser wurde bei seiner Ausreise in die Schweiz wegen verdächtiger Gegenstände in seiner Tasche festgenommen.<sup>99</sup> Diese beiden Beispiele verdeutlichen, daß es auch Ende der

<sup>95</sup> OÖLA, Pol. A., Sch. 14. Lagebericht des Gendarmeriepostens Vorderstoder an den Landrat in Kirchdorf an der Krems. 21.4.1939. Zitiert nach: Widerstand und Verfolgung in OÖ, Bd. 1, S. 364.

<sup>96</sup> Archiv der KPÖ, Lagebericht der Gestapo Linz an das Gestapo Berlin. 29.3.1939. Zitiert nach: Widerstand und Verfolgung, Bd. 1, S. 321f.

<sup>97</sup> vgl. Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Berlin 1999 (3. Aufl.). S. 97.

<sup>98</sup> Genauere Ausführungen zum Attentatsversuch von M. Bavaud in: Berthold, Will: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler. Wien 1997. S. 110.

<sup>99</sup> vgl. Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes: Ich habe den Krieg verhindern wollen. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Eine Dokumentation. Berlin 1997. o. S.

dreißiger Jahre noch immer möglich gewesen wäre, den Diktator durch einen ‚Tyrannenmord‘ auszuschalten.<sup>100</sup>

Da nicht nur der Führer gefährdet war, sondern sämtliche führende Persönlichkeiten, wurden vom Sicherheitshauptamt im Februar 1940 genaue Regeln herausgegeben, die die Attentatsversuche minimieren sollten. Vorrangigstes Ziel dabei war es, „Anschläge schon in ihrer Vorbereitung zu entdecken und unschädlich zu machen und jeden sonstigen Störungs- und Gewaltakt unmöglich zu machen.“<sup>101</sup> Aber auch vor 1940 versuchte man, mögliche Attentäter frühzeitig zu entlarven, wie die Akten der Geheimen Staatspolizei/ Linz für Oberdonau belegen.<sup>102</sup>

Hitler selbst war sich der Gefahr durchaus bewußt, da er bei einem Tischgespräch am 4. Juni 1942 erklärte:

*„Männer vom politischen Format Heydrichs<sup>103</sup> mußten sich darüber im klaren sein, daß ihnen wie einem Wild aufgelauert werde, daß unzählige Leute den Gedanken haben, wie sie ihn umbringen. ... Solange die Verhältnisse im deutschen Lebensraum nicht absolut gefestigt seien und solange das deutsche Volk nicht wieder gründlich von allem Gesocks ausgemistet sei, dürfe kein führender Mann die Vorsicht außer acht lassen. Das sei im Interesse der Nation unbedingt Gebot.“<sup>104</sup>*

Die vom Sicherheitshauptdienst erlassenen Richtlinien versuchten, das Problem umfassend in den Griff zu bekommen. Dabei kam es vor allem zu einer verstärkten Personenüberwachung (besonders von Staatsfeindlichen, Geisteskranken, Berufsverbrechern, Erpressern, asozialen Elementen, etc.), Grenzüberwachung, regelmäßigen Kontrollen des Veranstaltungsgeländes bis hin zur Dauerüberwachung.<sup>105</sup>

<sup>100</sup> Weitere Beispiele von Attentatsversuchen/-planungen findet man bei Berthold. So den Plan, Hitler bei der Geburtstagspare in Berlin (20.4.1939) mit einem Präzisionsgewehr zu erschießen (Berthold, S. 119) oder den Plan seitens Wehrmachtangehöriger, Hitler bei der Siegesparade in Paris (28.6.1940) zu erschießen (Berthold, S. 172).

<sup>101</sup> BA Berlin, R 58/ 93, Reichssicherheitshauptamt, Richtlinien für die Handhabung des Sicherungsdienstes. (Geheime Reichssache). Februar 1940. S. 3. Diese umfangreichen Ausführungen sind weitaus genauer, als etwa die des Reichsführers-SS von 1938(?). BA Berlin, R 58/ 241.

<sup>102</sup> vgl. OÖLA, Pol. A., MF 17. – Aktenbestand über angebliche Attentäter für den Zeitraum April/ Mai 1938.

<sup>103</sup> Reinhard Heydrich starb am 4.6.1942 in Prag infolge eines Attentates (27.5.1942), das auf offener Straße verübt wurde.

<sup>104</sup> Picker, Tischgespräche, S. 505f.

<sup>105</sup> BA Berlin, R 58/ 93, Reichssicherheitshauptamt, Richtlinien für die Handhabung des Sicherungsdienstes. (Geheime Reichssache). Februar 1940. passim.

Trotz alledem blieb ein gewaltiges Restrisiko, dem sich Hitler und andere führende Persönlichkeiten bei all ihren öffentlichen Auftritten aussetzten. Dabei spielte natürlich der polizeiliche Schutz eine wichtige Rolle. Auch wenn das Tätigwerden der Polizei alarmierend wirkte und Menschenansammlungen provozierte, mußte man bei vorangekündigten Veranstaltungen für optimalen Schutz, auch während der Feierlichkeit, sorgen.<sup>106</sup>

Gefahren bei Großveranstaltungen mußten aber gar nicht von Attentätern ausgehen, auch überschäumender Enthusiasmus der Bevölkerung, die vielleicht die Absperrungen durchbrach, oder das Werfen von Gegenständen in den Wagen des Führers konnten Hitler gefährden. So wurde er auch im Oktober 1938 von einem Blumenstrauß im Gesicht leicht verletzt. Zwar gab es strenge Anordnungen für das Verhalten der Bevölkerung bei Führerbesuchen, aber die Einhaltung gestaltete sich als durchaus kompliziert. Das Verbot des Blumenwerfens wurde innerhalb eines Jahres drei Mal durch die Parteikanzlei wiederholt, was auf die Nichteinhaltung hinweist.<sup>107</sup>

## 5. Schlußwort

Durch die angeführten Beispiele, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, konnte gezeigt werden, daß der Nationalsozialismus mit problematischen Konstellationen umgehen mußte, um sich perfekt zu inszenieren. Durch die ideologische Überhöhung der Feiern konnte und durfte nichts dem Zufall überlassen werden. Perfekte Ordnung bis ins kleinste Detail sollten die Störanfälligkeit minimieren. Der Festkosmos mußte dabei aber vor internen sowie externen Komplikationen geschützt werden. Die Partei konnte sehr starken Einfluß auf die Rahmenbedingungen der Veranstaltungen nehmen und versuchte somit, den schönen Schein der dualen Ebene von Partei und Staat zu sichern. Doch bereits Fehler in der Innenseite des Kosmos konnten das angestrebte Ziel einer nationalen Vereinnahmung des Volksgefühles zum eigenen politischen Nutzen behindern. Unklarheiten über die Aufgabenbereiche der vielen Parteiorganisationen untereinander, schlecht geplante Veranstaltungen, denen nicht selten elementarste Voraussetzungen (Raum, Musik, gute Redner, etc.) fehlten, oder ausbleibende Motivation der Teilnehmer konnten die NS-Feierlichkeiten empfindlich beeinträchtigen. Für die meisten Bereiche existierten parteiliche Anordnungen, die versuchten, diese Probleme auf bürokratische Weise zu lösen, wobei man aber nur in den seltensten Fällen die mentalitätshistorischen Entwicklungen und kulturellen

<sup>106</sup> Picker, Tischgespräche, S. 364.

<sup>107</sup> BA Berlin, NS 6/ 230, 231,232, A 112/38 (3.8.1938); A 150/38 (8.10.1938), A 106/39 (10.5.1939).

Eigenheiten miteinbezog. Gerade im angeschlossenen Österreich, das die nationalsozialistische Stabilisierung nur von außen miterlebte, fehlte in vielen Bereichen das in Deutschland seit 1933 gepredigte und stufenweise mitvollzogene neue nationalsozialistische Bewußtsein bzw. die seit März 1938 gültigen ideologischen Denkstrukturen, wie das vor allem am Beispiel des 1. Mai im ländlichen Gebiet aufgezeigt wurde.

Aber auch externe Einflüsse bedrohten die nationalsozialistische Feierlichkeiten. Wenngleich keine großen gelungenen Störaktionen von Veranstaltungen des Hitler-Regimes bekannt sind, was vermutlich auch im direkten Zusammenhang mit dem Repressionsapparat der Diktatur steht, flackerten doch immer wieder Ideen auf, um NS-Veranstaltungen direkt zu stören oder zumindest die außeralltägliche Situation der „Feierstimmung“ zur Stimulation des Widerstandes zu nutzen, wie die Beispiele aus Wien verdeutlichen.

Im ländlichen Gebiet gingen die Störungen vielmehr von der Kirche aus, die als legaler Anbieter einer anderen „Ideologie“ der maßlosen Ausbreitung der nationalsozialistischen Doktrin eine Alternative entgegensetzte. Durch eine parallelisierte kirchliche Gegenkultur zu den meisten Feierlichkeiten der Nationalsozialisten gelang es dem NS-Regime nicht, wie an oberösterreichischen Fällen dargestellt, den kirchlichen Feiern überall mit effizienten Veranstaltungen Paroli zu bieten. Der angestrebte politische Konsens stieß in diesem Bereich an seine Grenzen.

Abschließend läßt sich also feststellen, daß der Nationalsozialismus mit vielen Störaktionen zu kämpfen hatte, um das allgemein propagierte Bild des geeinten, sich innig liebenden Volkes, sei es am Erntedankfest oder am 1. Mai, aufrecht zu erhalten. Der Schein der heilen Festkultur ist aber brüchig und auch wenn geschlossene Quellenbestände zu diesem Thema fehlen, kann man in vielen Bereichen ein Scheitern der NSDAP im angestrebten Gleichschaltungsziel konstatieren. Die unterschiedlichsten kulturellen, mentalitäts-geschichtlichen und politischen Voraussetzungen in Österreich hätten ein weit differenzierteres System verlangt als eine Überflügelung der alten Werte mit der oft nicht vollständig verstandenen „transferred tradition“.